

Reiche enteignen, Bern anzünden

Die Jusofizierung einer verlotternden Schweiz.

Philipp Gut

Die Bilanz der Gewaltexzesse der «Palästina-Demonstration» von letztem Samstag in der Bundesstadt Bern ist selbst für die Verhältnisse der notorisch gewalttätigen Kurz- und Kleinschlägertrupps aus selbsterklärten Antifaschisten, Jungrevolutionären und sonstigen Linksextremen verheerend: Dutzende demolierte Häuser – ein Brandanschlag auf das Traditionsrestaurant «Della Casa» mitten in der Weltkulturerbe Altstadt inklusive –, beschädigte Einsatzwagen, achtzehn verletzte und teils hospitalisierte Polizisten. Augenzeugen sprechen von bürgerkriegsähnlichen Szenen und einer Intensität der Zerstörungswut, wie man sie in diesem Land noch selten gesehen hat.

Dass es dabei nicht um Frieden in Nahost, sondern von Anfang an um «komplett inhaltslose» Gewalt ging, wie selbst der grüne Berner

Es war eine «Schande von Bern», die allerdings weder überraschend kam noch entschieden verhindert wurde.

Sicherheitsdirektor Alec von Graffenried erkannte, belegt nicht nur die Tatsache, dass gleichzeitig im Rest der Welt ein Waffenstillstand in Gaza gefeiert wurde; dies war auch klar, wenn man die Agenda und die Vorgehensweise des trotz Verhüllungsverbot verummten schwarzen Blocks kennt, der sich nicht vereinzelt, sondern in starken Hundertschaften an die Spitze des Verwüstungsmobs stellte, dem Tausende zustimmend nachtrotteten, während sie gleichzeitig antisemitische Parolen brüllten.

Paradies für Frauenbelästiger

Es war, wie vielerorts beschrieben, eine «Schande von Bern», die allerdings weder überraschend kam noch entschieden verhindert wurde. Ganz im Gegenteil: Die Schläger, Brandstifter, Judenfeinde machten, was sie nach vollendeter Tat immer tun: Sie flüchteten in den rechtsfreien Raum der Reitschule beim Bahnhof, der von der links-grünen Stadtregierung und dem links-grün beherrschten Parlament seit Jahrzehnten



Man hört keinen Pieps.

nicht nur geschützt, sondern obendrein noch mit Steuergeldern subventioniert wird und der als Drogenumschlagplatz und Paradies für Frauenbelästiger mancher Nationalitäten dient.

Dass eine solche Gewaltexplosion im Herzen der Bundesstadt überhaupt möglich war (und weiterhin bleibt), hängt darüber hinaus mit einem weitverbreiteten Klima der Duldung, wenn nicht gar der versteckten bis offenen Tolerierung und Förderung zusammen. Von den Spitzen der Sozialdemokraten und der Grünen, die seit dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023 und der Invasion der israelischen Armee im Gazastreifen wiederholt an propalästinensischen und antiisraelischen Kundgebungen beteiligt gewesen waren, zuletzt noch im Juni dieses Jahres ebenfalls in Bern, hörte

man nach den Ereignissen des Wochenendes in dem Biotop, in dem sie sich auch als Politiker praktisch täglich bewegen, keinen Pieps. Positionierungen von Lisa Mazzone (Grüne) oder von Cédric Wermuth (SP) mussten erst aus ihnen herausgepresst werden.

Und wenn sie dann widerwillig ein paar Worte fanden, waren diese – wie das Beispiel der selbst in Bern beheimateten Grünen-Fraktionschefin Aline Trede zeigt, die meinte, Gewalt bringe niemandem etwas, «ausser jenen, die das jetzt wieder instrumentalisieren» – so verdreht, dass sie sofort wieder auf Reinwaschung der Täter machten und jene niederbügelten, die das Übel beim Namen nannten. Damit griff Trede auch SP-Ständerat Daniel Jositsch an, der den Genossen ins offenbar nicht vorhandene Gewissen

redete: «Wenn man sich als Partei im Gaza-Konflikt so klar positioniert, wie das die SP-Spitze in den letzten Monaten getan hat, erwarte ich in einem solchen Fall eine klare und proaktive Stellungnahme.» Schön blöd für die Krawallanten, dass sie zu einem Zeitpunkt wüteten, als der von ihnen – wie auch von Cédric Wermuth – als «Faschisten» beschimpfte Donald Trump eine Waffenruhe und einen ersten, vielleicht entscheidenden Schritt zu einem historischen Frieden in der Region hinzauberte.

Molinas einschlägige Erfahrung

Richtig deutlich werden die Zusammenhänge aber erst, wenn man die Jungsozialisten in die Betrachtung einschliesst, die aktiven und die ehemaligen. Die Juso hatte noch am Samstag zur Teilnahme an der Demo aufgerufen («Alle auf die Strasse! Widerstand gegen Genozid und Besatzung»). Entlarvend dann wiederum, was Juso-Präsidentin Mirjam Hostetmann, nachdem sie ebenfalls dröhnend geschwiegen hatte, am Montag dazu sagte: Die Jungsozialisten würden Proteste gegen den «Genozid» befürworten, aber die Gewalt «eines Teils der Demonstrant*innen und der Polizei entschieden» verurteilen, als ob die Gewalt von der Polizei ausgegangen wäre. Ähnlich verlogen liess sich Amnesty International vernehmen, das die Gewalt im Nachhinein ablehnte, aber den Gewalttätigen gleichzeitig Hilfe anbot gegenüber der Polizei und den Instanzen des Rechtsstaats.

Die Schweiz verlottert, die Schweiz wird jusofiziert. Aber nicht nur auf den Strassen und im Bürgerkrieg gegen die Ordnungshüter, auch im eidgenössischen Parlament und im Schaufenster der nationalen Politik. In Gestalt der SP-Co-Präsidenten Wermuth und Matteo Meyer haben die Jungsozialisten in personeller und ideologischer Kontinuität das Zepter der Mutterpartei übernommen. Ihr Ex-Juso-Genosse Jon Pult kandidierte sogar als Bundesrat. Oder, um einen weiteren prominenten Fall zu nennen: Fabian Molina, ein Nationalrat mit einschlägiger Erfahrung. Er wurde per Strafbefehl verurteilt, weil er im Februar 2022 an einer unbewilligten «Krawall-Demo» in Zürich vorneweg marschierte, die «in der Innenstadt in Gewalt ausartete» (*Tages-Anzeiger*), auch dort unter der Regie der Antifa, wie nun in Bern.

Wie sehr die Jusofizierung nicht nur die SP, sondern von Fall zu Fall auch die Politik der Mehrheit des Parlaments beeinflusst, illustriert eine im September in der Herbstsession vom Nationalrat angenommene Motion, die ein «Sicherheitsabkommen» der Schweiz mit der Europäischen Union samt «Zugang zur europäischen Rüstungsinitiative» (NZZ) verlangt und den Bundesrat mit der Aufnahme entsprechender Verhandlungen beauftragt. Absender: Fabian Molina.

Es ist derselbe Molina, der sich als überzeugter Armeeabschaffer politisch hochgedient hatte. In einem Beitrag für die linke Zürcher Zeitung *P. S.* im Oktober 2020 nannte er die Schweizer Armee ein «Boot-Camp für toxische Männlichkeit» und verkündete: «Die Armee abschaffen heisst, das militärische Denken abzuschaffen.»

Sogar die Erbschaftsinitiative der Jungsozialisten finden die Altsozialisten vorzüglich.

Dass die SP in ihrem Parteiprogramm von 2010 «ungestraft von der bewaffneten Landesverteidigung abrückte, nachdem sie sich vor dem Einzug in den Bundesrat 1943 explizit zu ihr bekennen musste», sei Teil einer «wunderbaren Geschichte des Niedergangs der Armee». Inzwischen ist der geschmeidige Ex-Jungsozialist, Extremist, Gegner der Armee und der bewaffneten Neutralität für eine Mehrheit der Grossen Kammer bis hin zur bürgerlichen Mitte, zu GLP und FDP, derart salonfähig geworden, dass er die sicherheitspolitischen Linien des Landes vorgibt.

Schläger in Schwarz

Sogar die Erbschaftsinitiative der Jungsozialisten, die Reiche enteignen und Familienunternehmen zertrennen will, finden die Altsozialisten um Wermuth, Meyer, Pult, Molina vorzüglich. Eine ähnliche, von Politikern und Medien hofierte und bejubelte Karriere, weit über das engere linksextreme Milieu hinaus, hat die Klimastreikbewegung genommen, die selbst biedere Gymnasiallehrer dazu veranlasste, den Unterricht zugunsten einer Streikteilnahme ihrer Schüler ausfallen zu lassen, und die jüngst durch Solidaritätsbekundungen für die Hamas-Terroristen negativ aufgefallen war. Der Klimastreik hatte schon vor der Berner Gewaltorgie angekündigt, «nicht friedlich zu sein», und zu ewiger «Intifada» bis zu Israels Verschwinden von der Landkarte aufgerufen («Zwei Jahre Genozid, hundert Jahre Widerstand»).

Die Themen, die Schlagworte sind austauschbar («Klima», «Palästina», «Reiche»), sie dienen als Vehikel einer systematisch verharmlosten und revolutionsromantisch verklärten Gewalt von links gegen alles, was nicht links ist. Vor Bern war Lausanne war Zürich. Geebnet wurde und wird auch in Zukunft, sollte die Lotterschweiz nicht zur Räson kommen, der Weg zu solchen Brutalo-Manifestationen einer sinnentleerten Zerstörungssucht unter politischem Vorwand durch die milieuübergreifend alljährlich achselzuckend hingenommene Statistik politisch motivierter Gewalttaten, die stets zum gleichen Ergebnis kommt: Rechts-extreme Urheber sind zahlenmässig nicht der Rede wert, linksextreme sind rund zehn- bis

hundertmal häufiger und gefährlicher. Die öffentliche und veröffentlichte Wahrnehmung transportiert indes ebenso zuverlässig das Gegenteil: Politiker und Medien beschwören, als ob deshalb das Abendland unterginge, eine nichtexistente Gefahr von rechts, während die reale kriminelle Energie von links als lässliche Sünde und Politfolklore hingenommen, wenn nicht gar verteidigt wird.

Oder was soll man davon halten, dass man in der altehrwürdigen Buchhandlung Orell Füssli das Buch «Tipps und Tricks für Antifas und Antiras» mit dem offiziellen Emblem der Antifaschistischen Aktion finden und kaufen kann, das sich explizit «vor allem an Schüler*innen» richtet? Soll man sich dann noch wundern, dass der linke Nachwuchs mit Gewalt nicht nur kokettiert, sondern sie auch ausübt?

Ein Leserbriefschreiber bemerkte historisch durchaus treffend, vor dem Zweiten Weltkrieg habe es sowohl bei den Faschisten in Italien als auch bei den Nazis schwarzgekleidete Schlägertruppen gegeben, die alles zusammenschlugen. Man liess sie gewähren. Die Antifaschisten von heute unterscheiden sich von den Faschisten von gestern nicht einmal mehr durch ihre Kleidung. Man fragt sich: Wie geschichtsvergessen und blind muss man eigentlich sein, wenn man das ignoriert?

Pensionierung

AHV

Wie hoch ist mein Anspruch?

Pensionskasse

Rente, Kapital oder beides?

Hypothek

Soll ich amortisieren?

Steuern

Wie kann ich sparen?

Nachlass

Wie sichere ich meine Familie ab?



Bestellen:
[www.vzch.com/
checkliste](http://www.vzch.com/checkliste)

Mit der Pensionierung ändert sich Ihre finanzielle Situation grundlegend. Was Sie heute entscheiden, bestimmt Ihren Lebensstandard für viele Jahre. Eine unabhängige Beratung beim VZ VermögensZentrum zählt sich aus. Überzeugen Sie sich selbst: Das erste Gespräch ist kostenlos und verpflichtet Sie zu nichts.

www.vermoegenszentrum.ch

